

Volkswacht

erscheint unter der Presse-Verordnung
der Regierung Hitler-v. Papen-Hugenberg.

Organ der Sozialdemokratie für das östl.

Mit den Beilagen „Der Sonntag“, „Die Welt der Frau“



Westfalen und die lipptischen Freistaaten

„Spiel und Sport“, „Arbeitende Jugend“, „Kinderfreund“

Bezugspreis bei Zustellung ins Haus durch unsere Zeitungsverkäufer 2.— RM. einschließlich 10 Pfg. Zustellungs-
Durch die Post bezogen monatlich 2.— RM. ohne Zustellungs- Gebühr. Die Zeitung erscheint einmal
wöchentlich. Geschäftsstelle und Redaktion Schulstraße 22. Druckverleger: Henschel 1938. Abrechnung 25.

Abrechnung: Einmalige Abrechnung 15 Mark. Abrechnung: Abrechnung 10 Mark. Abrechnung: Abrechnung 10 Mark.
Zustellungs- Gebühr: 10 Pfg. bei Zahlung innerhalb 10 Tagen nach Erhalt der Rechnung. Abrechnung: Abrechnung 10 Mark.
Beilagen 15.— RM. bei Zahlung, bei Teilzahlung 20.— RM. — Abrechnung: Abrechnung 10 Mark.

44. Jahrgang

Bielefeld, Montag, den 27. Februar 1933

Nummer 46

Ihr könnt das Wort verbleten, ihr tötet nicht den Geist!

Bielefeld ist rot und bleibt rot!

Fast 43 Jahre im Kampf — Das erste Verbot der Volkswacht

vk. Bielefeld, 27. Februar.

„Freiheit und Wahrheit — das sind
die Stützen der Gesellschaft!“ (Schell).

„Die Wahrheit zu bekämpfen ist jeder-
zeit die schlechteste Politik.“ (Hörner).

Fast 43 Jahre lang ist die „Volkswacht“ an
jedem Arbeitstage der willkommenste Freund in
den Häusern der Arbeiter, Angestellten, Be-
amten und kleinen Leute im östlichen Westfalen
und den lipptischen Freistaaten. Fast 43 Jahre
führt sie den sozialistischen Kampf gegen die
Vorrechte des Monopols, gegen die kapitali-
stische Ausbeutung, Unterdrückung, Unfreiheit,
für die Rechte aller Menschen, für die Freiheit
der Völker und der Erde.

Dieser Kampf rief die verschiedensten Gegner
auf den Plan, auch unter den Inhabern der
öffentlichen Macht: Königl. Sanitäts- und
feudale Oberpräsidenten, Bürgermeister und
Räte, Gouverneure und Generale, sowie
militärische Anführer, den ganzen Apparat
des wilhelminischen Deutschlands. Die
„Volkswacht“ handelte unter manchen Pressen-
recht, unter der Zensur und anderen die
Pressenfreiheit aufrecht. Vom 1. Juli 1890 bis zum 22. Februar 1933
wurde die „Volkswacht“ niemals ver-
boten.

Tatsachen sprechen eindeutig

Und Denken kann nicht verboten werden

In der vergangenen Woche waren nicht weniger als 16 politische Morde zu ver-
zeichnen. Sieben Opfer gehörten dem Reichsbanner bzw. der SPD, vier der KPD,
zwei der NSDAP, an. Drei Opfer waren Arbeiter ohne Parteizugehörigkeit.

Der Großhandelsindex ist in der Zeit vom 8. bis zum 15. Februar zum ersten Mal
seit langer Zeit wieder gestiegen, und zwar von 90,5 auf 91,2 Proz. Der Index für
Schlachtwiege ist um 7,9, der für Vieherzeugnisse (siehe Schmalz) um 3,3 Proz. gestiegen. Die
Verteuerung war also bei den Lebensmitteln besonders groß.

In der Woche vom 15. bis 22. Februar ist der Großhandelsindex weiter gestiegen,
und zwar von 91,2 auf 91,7 Proz. Besonders die Lebensmittel sind wiederum teurer gewor-
den. Der Schlachtviehindex ist um 3,3 Proz. gestiegen, teurer wurde auch Butter, Speck, Salz.
Gleichzeitig stieg mit dem Preis der Arbeitslosigkeit. Die erste Februarhälfte
brachte allein an gemeldeten Arbeitslosen ein Mehr von 33.000.

Der Führer der Deutschen Volkspartei Dingeldey wandte sich in Dresden gegen die
tägliche Wirtschaftspolitik, von der die schärfste Exportindustrie besonders stark
betroffen werde. Eine Absperzung der Grenzen könne auch der Landwirtschaft nicht helfen.

Die Telegraphen-Agentur der Sowjet-Union teilt mit, daß der Volkskommissar für die
Eisenindustrie die Einrichtung von Einfluß im Gesamtbetrag von 21
Millionen Mark beantragt hat. Die Wirt. Ztg. hat davon auch Bielefelder
Metallbetriebe betroffen.

Die „Zeitung“, ein Unternehmerorgan, teilt uns ebenfalls mit, daß infolge der
neuen deutschen Zollsätze für Fleisch, Fett usw. bedeutende Firmen der Fleischwaren-
industrie von ihren bänischen Abnehmern die Nachricht erhalten haben, daß ihnen

versucht in seinem Todeskampf die Unrecht-
erhaltung und Sicherung des Klassenhautes
und der beschützten Vorrechte auf dem
Wege der politischen Macht und Gewalt zu
erreichen. Die Formen, in der in unserer Zeit
diese politischen Rettungsversuche des Kapita-
lismus sich ausdrücken, sind Faschismus und
Oligarchismus. Sie müssen alle Freiheiten des
Volkes begraben, um ihr Ziel zu erreichen, sie
müssen den Kampf in der vielfältigen Gestalt,
wie wir ihn erleben, durchzuführen versuchen,
sie müssen vor allem den Schlag führen gegen
die organisierte Arbeiterbewegung, die dräuend
emporsteigt und die die Totenglocken des Ka-
pitalismus und die Auferstehungsglocken einer
sozialistischen Welt läutet.

In einer solchen Stunde eines Zeitalters
wird gehandelt, und dabei sollen, wie das
Sprichwort sagt, Späne neben dem gemauerten
Freiheitsopfer auf der Totenbank wird der
Kampf gegen das Wort und die Schrift ge-
führt, werden Versammlungen gehindert und
aufgelöst, wird vor allem auch die Arbeiter-
presse mit allen zur Verfügung stehenden
Mitteln gelyncht.

Trotzdem kämpfen wir nicht und klagen wir
nicht. Wir wissen, daß jeder soviel Macht hat,
wie er Macht begehrt. Wir kennen die soziale
Macht aller politischen Erscheinungen in

„Vollmacht“ stand unter mancherlei Presse-recht, unter der Zensur und anderen die Pressefreiheit einschneidenden Maßnahmen. Vom 1. Juli 1890 bis zum 22. Februar 1933 aber wurde die „Vollmacht“ niemals ver-
boten.

Nach fast 43jährigem Erscheinen traf die „Vollmacht“ das erste Verbot vom 23. bis zum 25. Februar 1933.

Die Auflage des Verbots traf bei uns ein gleichzeitig mit einer „Verwarnung“. Das war am Mittwoch, dem 22. Februar 1933, an dem-
selben Tage, an dem der Oberpräsident Gronowski, ein Maschinenschlosser, der aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu hoher Staatsstellung berufen wurde, in den Ruhe-
stand versetzt und der Freiherr von Eimund von Schloß Hofmar bei Münster, ein Ver-
treter des alten weißhalsigen Adels, an seiner Stelle zum Oberpräsidenten der Arbeiterprovinz
Westfalen ernannt wurde.

Wir sind nicht in der Lage, uns mit den
Gründen des Verbots auseinanderzusetzen,
denn selbst ihre gedruckte Mitteilung an unsere
Leser ist uns verboten worden. In der Ge-
schichte des deutschen Presserechts ist eine der-
artige Maßnahme der Behörden unseres
Wissens ohne Beispiel, bis auf eine Zeit und
ein Gebiet des Deutschen Reiches, in denen das
deutsche Recht außer Kraft gesetzt war.

Wir werden uns aber nach der Aufhebung
des Verbots, das wir bei der rechtlichen Sach-
lage für sicher halten, mit den Verbotgründen
noch zu befassen haben. Wenn wir wirklich so
schwerwiegende Sünden auf uns geladen
hätten, daß sie ein Verbot überlegend rech-
tfertigten, dann müßte der Staat, so sollte man
glauben, im Gegenteil ein Interesse daran
haben, daß die Verbotgründe vor der breiten
Öffentlichkeit bekannt würden, da das Urteil
des Volkes dann sicherlich gegen uns aus-
schlagen würde.

Wir könnten heute, auf Grund unserer Er-
fahrungen unter „ausdrücklicher Abkündigung“
hundertfach Auslassungen von national, soziali-
stischen Zeitungen anführen, in denen die
Redakteure oder prominenteste Vorkämpfer z. B.
den jetzigen Vizekanzler Papen oder den Wirt-
schaftsminister Brüning in der unästhetischen
Weise angepöbelt und verächtlich gemacht
haben, ohne daß sie selbst unter dem Kommando
und Reichskommissar verboten wurden.
Abgesehen davon, daß jedes Kind in Deutsch-
land genügend Beweise dafür kennt, erscheint
es uns wichtiger, die gesellschaftlichen Ursachen
zu dem gr. angelegten Feldzug gegen die
sozialdemokratische Presse, dem bisher schon
über 100 sozialdemokratische Zeitungen, zum
Opfer gefallen sind, darzulegen.

Der Kapitalismus, der wirtschaftlich keine
Lösung zu seiner Rettung mehr finden kann,

(Fortsetzung auf Seite 1.)

betreffend werde. Eine Absperzung der Grenzen könne auch der Landwirtschaft nicht helfen.
Die Telegraphen-Agentur der Sowjet-Union teilt mit, daß der Reichskommissar für die
Schmerzmittel die Streckung von Einfuhr im Gesamtbeitrage von 21
Millionen Mark bestimmt hat. Wie wir hören, sind davon auch Bielefelder
Metallbetriebe betroffen.

Die „Zeitung“, ein Unternehmernorgan, teilt aus Chemnitz mit, daß infolge der
neuen deutschen Zollsätze für Fleisch, Fett usw. bedeutende Firmen der Wirkwaren-
industrie von ihren bänischen Abnehmern die Nachricht erhalten haben, daß ihnen
die weitere Geschäftverbindung mit Deutschland unmöglich sei.

In Posen sprach am Sonntag der Reichsarbeitsminister Seibitz. Einer „Geldgedenk-
feier“ und einem Führerappell folgte ein Marsch durch die Stadt. Die Fahnenabtei-
lung mit „100 Geldgedenken“ führte der ehemalige Herzog von Anhalt an.

Der nationalsozialistische Innenminister hat für die Stadt Braunschweig die Umbenennung
mehrerer Straßen und Plätze anordnet. Die „Friedensbrücke“ wird wieder „Kaiser-
Wilhelm-Brücke“, die „Friedensallee“ in Kaiser-Wilhelm-Straße, der
„Siegessäule“ (19) in „Siegessäule“ umbenannt.

Es ist nicht verboten, über diese Tatsachen nachzudenken und am nächsten Sonntag die
Liste 2 zu wählen.

Das freie Wort

Sollmann das Wort entzogen – Brüning verwahrt – Kaas
droht ein Redeverbot

Dortmund, 27. Februar.

Niederum hatte die Sozialdemokratie am
Sonntag zu einer prächtigen Kundgebung in
der Westfalenhalle aufgerufen. 20.000 Menschen
füllten das weite Rund, 15.000 fanden keinen
Einlaß mehr. Schon lange vor Beginn der Ver-
sammlung mußte die Halle vollständig geschlossen
werden. Eine Parallel-Kundgebung
wurde untersagt, weil sie nicht angemel-
det war.

Als Redner feierte Abg. Sollmann die
Arbeiterklasse, die den Abwehrkampf an der
Ruhr in der Stunde Deutschlands größter Not
geführt und gewonnen habe. Wenn das Rhein-
land und die Ruhr heute noch deutsch seien,
dann danke Deutschland das nicht den National-
sozialisten, sondern der Freigebigkeit der Ar-
beiter. Die Kundgebung fand ihr vorzeitiges
Ende, als Sollmann schließlich den Satz sprach:
„Ihr Nationalsozialisten nennt euch Sozialisten.
Wegen kämpft ihr? Ihr führt die Volks-
häuser und brennt Arbeiterhäuser nieder. Ihr
nennt euch Sozialisten und seid die Schutzhunde
des deutschen Kapitalismus.“ In diesem Augen-
blick griff der Abgesandte des nationalsoziali-
stischen Volkspräsidenten ein, entzog Sollmann
das Wort und erklärte die Versammlung für
ausgetobt. Ein Sturm der Entrüstung war die
Antwort der vieltausendköpfigen Menge.

Wissenschaften, 27. Februar.

Als der frühere Reichsfunktionär Brüning
hier in einer Zentrumsversammlung bei der
Erwähnung der vielen von den neuen Mach-
habern abgebauten Beamten verwahrt
wurde, erklärte er unter dem Vorwand
Belästigung der vieltausendköpfigen Menge, daß
er sich zu einer Mission berufen
fühle, und zwar dafür zu sorgen, daß die

jenigen, die den Reichspräsidenten gewählt
haben, nicht unterdrückt werden von
denen, die ihn bekämpfen und ver-
leumden hätten.

Wörtlich führte Brüning aus: „Ich bin der-
jenige gewesen, der in die Bande hinausgezogen
ist, um für die Wiederwahl des Reichsprä-
sidenten zu werben. Ich habe mich für ihn ein-
gesetzt wegen seiner verdienstvollen Ge-
sinnung. Ich habe ihn als den Hüter der Ver-
fassung gepriesen, als den Schützer des Be-
rufsbewußtseins, als den Vater der Armen
und Unterdrückten. Sogar in Erwerbslosenver-
sammlungen habe ich das gesagt, weil er einen
religiösen Eid auf die Verfassung geschworen
hat, glaube ich auch heute, daß er dafür sorgen
wird, daß ihr keine Gewalt angetan wird.“ Ich
bemerkte aber, daß

ich noch eine Mission für das deutsche Volk
habe, eine Mission, dafür zu sorgen, daß
diejenigen, die den Reichspräsidenten ge-
wählt haben, nicht unterdrückt werden von
denen, die ihn bekämpfen und verleumden
haben.

Diesen Kampf werde ich durchführen und vor
seinem Opfer durchsprechen.“

Frankfurt a. M., 27. Februar.

In Frankfurt a. M. sprachen am Sonntag-
abend der bayerische Staatsrat Schäffer und
der Führer des Zentrums, Prälat Kaas. Der
Ausklang zu der Kundgebung war außer-
ordentlich.

Der Zentrumsführer Prälat Kaas erklärte
zu Beginn seiner Ausführungen, er sei zwar
nicht als ein aggressiver Redner bekannt, aber
es bestehe doch die Gefahr eines Rednerbotes
für ihn.

führt, werden Verarmungen gestrengt und
aufgehört, wird vor allem auch die Arbeiter-
presse mit allen zur Verfügung stehenden
Mitteln geknallt.

Deshalb kämpfen wir nicht und klagen wir
nicht. Wir wissen, daß jeder soviel Recht hat,
wie er Macht besitzt. Wir kennen die soziale
Bedingtheit aller politischen Erscheinungen in
der Klassengrundlage der Gesellschaft. Wir
wollen die Welt verändern und kämpfen des-
halb für das Ziel der Wahrheit, für eine
bessere Zukunft, gegen eine zerfallende und ver-
faulende Vergangenheit. Wir fürchten nichts,
weil wir wissen, daß die Welt sozialistisch sein
oder untergehen wird. Wir fürchten nichts,
weil wir wissen, daß Deutschland in Freiheit
leben muß oder — es wird nicht sein!

Unser Verbot ist von dem bürgerlichen
Gegner mit seltsamen Gefühlen aufgenommen
worden. Ein deutschnationaler Reichsbeamter
aus Bielefeld erklärte uns gegenüber die
juristische Begründung für ein solches unhaltbar.
Nur in den Spalten des braunen „Deut-
schlands Beobachters“ herrschte eine Freude,
daß die fernwährenden Verbotsrufe und die
Postsendungen nach Berlin nicht vergeblich ge-
wesen sind. „Endlich, endlich!“ schrie er in die
Welt. Wir werden dafür sorgen, daß der
Angelschweiß und die Wahnsucht, die wir über
diese Partei gebracht haben, auch weiterhin
gekübelt werden. Wenn wir diese „Zeitung“, in
der Journalismus gleichgesetzt wird mit übel-
ster Hintertreppenhaut, in der der mach-
volle Kußzug der Eternen Front in Bielefeld
bezeichnet wurde als ein „Zeichnung“ der
„Millionendiebe“, uns ansehen, dann halten
wir es mit Gerechtigkeit.

„Wir reiten in die Kreuz und Quer,
Nach Freuden und Geschäften;
Noch immer läßt es hinterher



„Siehst du, jetzt wird mir immer klarer,
warum ich Liste 2 wählen werde.“